

Die Willensnation und die Weltunordnung

Machtpolitik und Protektionismus gefährden das schweizerische Erfolgsmodell. Die Schweiz muss sich aber nicht neu erfinden, sondern ihre Grundpfeiler verstärken. Von Georg Häsler

Die Aare, der Gurten und weiter hinten die Berner Alpen: Wenn der Bundesrat in einer Pause auf die Terrasse seines Sitzungszimmers tritt, hat er eine der schönsten Aussichten aller Regierungen Europas, vielleicht sogar der ganzen Welt. Diese Vermutung teilt sinngemäss auch der Altbundeskanzler Walter Thurnherr, der ehemalige Stabschef der schweizerischen Landesregierung. Seine memoirenhaften Betrachtungen über die Eigenarten der Machtmechanismen im Bundeshaus in Bern tragen den Titel: «Wie der Bundesrat die Schweiz regiert und weshalb es trotzdem funktioniert». Thurnherr beschreibt ein System, das es so nirgendwo sonst gibt: ein Kollegium aus sieben gleichberechtigten Departementschefs, die einen Entscheid gegen aussen gemeinsam vertreten.

Der Bundesrat regiert nach einem austarierten Verfahren, deshalb langsam, oft zögerlich. In akuten Krisen, wie etwa bei der Pandemie oder beim drohenden Absturz der CS, kann er zwar rasch, energisch, fast autoritär reagieren, wenn sich die Welt aber grundsätzlich verändert, versucht das Gremium, einfach still zu halten. Die Kriege, so die kollektive Erfahrung, ziehen vorbei. Doch die Schweiz bleibt, wie sie ist.

Im marginalisierten Europa

Diesmal funktioniert der Rückzug ins Idyll des Vertrauten nicht, weil draussen die Gewissheiten zusammenfallen. Die Rückkehr von Machtpolitik und Protektionismus, die autoritäre Versuchung der zweiten Trump-Präsidentschaft und der Krieg Putins gegen die liberale Demokratie zerstören ein Regelwerk, das es kleineren Staaten ermöglicht hat, gleichberechtigt am Wettbewerb um wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand teilzunehmen.

Diese Ordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg herauskristallisiert hatte, liess die Schweiz über ihre Landesgrenzen hinaus wachsen. Der UBS-Sitz in Singapur gehört zu den markantesten Gebäuden entlang der Orchard Road, der Flughafen Zürich betreibt den neuen Flughafen von Delhi, auch kleine Unternehmen pflegen Geschäftsbeziehungen in allen möglichen Wachstumsmärkten. Kaum ein anderes Land profitierte mehr von der Globalisierung und der Friedensdividende als die Schweiz.

Doch die Voraussetzungen für den Erfolg sind akut bedroht. Selbst die europäische Integration, die einen Krieg unter den Nachbarländern der Schweiz und darüber hinaus verunmöglicht, droht zu erodieren. Deutschland und Frankreich, die beiden Promotoren der Einheit Europas, finden nicht mehr aus der Krise heraus. Extreme Parteien verhindern stabile Regierungen. Die aktiven Massnahmen Russlands treiben die Spaltung weiter voran.

Die Schweiz ist mittendrin und aufs Engste verbunden mit diesem leidenden Kontinent, der in der neuen, multipolaren Weltordnung Gefahr läuft, marginalisiert zu werden. Damit sind die Zentren der Kraftentfaltung eines Landes, das sich an den Frieden und an stabile Verhältnisse gewöhnt hat, verletzlich, ja angreifbar geworden:

■ **Die Willensnation:** Der politische Diskurs ist in der Schweiz ähnlich polarisiert wie in den anderen Demokratien. Die institutionelle Trägheit des Systems verliert schleichend ihre Schutzwirkung. Der Grundkonsens über das Wesen der Schweiz schwindet, insbesondere auch im bürgerlichen Lager. Die Abstimmungen über die EU-Verträge und die Neutralität drohen zu Zerreihsproben zu werden.

■ **Die Alpen-Drehscheibe:** Die Transversalen, Knotenpunkte und Kraftwerke in der Schweiz sind eine Voraussetzung, damit der wirtschaftlich stärkste Teil Europas überhaupt funktioniert. Doch die Schweiz ist heute nicht in der Lage, ihre kritischen Infrastrukturen militärisch zu schützen. Sie ist damit ein mögliches Angriffsziel.

■ **Die Freihandelsmacht:** Die Diskussion, ob ein nationales Bahnunternehmen wie die SBB bei einem Grossauftrag ein einheimisches Unternehmen bevorzugen soll, erinnert an die Logik von Trumps Zollpolitik. Die nationalen Interessen werden über die Regeln der WTO gestellt, die Idee einer gelenkten Wirtschaft erlebt eine Renaissance – selbst in der Schweiz.

Der Bundesrat tut sich insgesamt schwer, die veränderte Lage überhaupt zu benennen. Zum Glück hängt das System aber nicht allein von der Lan-



Mehr Miliz würde den Willen zur Nation im hybriden Krieg unserer Zeit neu beleben, viel mehr als alle Warnungen vor der russischen Desinformation.

IMAGO

Es ist nicht der Staat, der das Gemeinwesen ausmacht, sondern der Wille der Einzelnen, sich daran zu beteiligen.

desregierung ab: Die Eidgenossenschaft ist ein Staatswesen der geteilten und deshalb gemeinsamen Verantwortung. Die öffentliche Sache geht alle an. Die Erneuerung ihrer eigenen, republikanischen Prinzipien wäre deshalb für die Schweiz der beste Weg, die Freiheit, die Sicherheit und den Wohlstand zu schützen:

Milizprinzip

Die Volksbewaffnung gehörte zu den zentralen Forderungen der liberalen Bewegung im 19. Jahrhundert. Das Gewaltmonopol sollte auf die Bürger verteilt werden. Der Bundesstaat von 1848 vermochte diese Idee mit der ständischen Wehrtradition zu verbinden und schuf so einen engen Zusammenhang zwischen der Bevölkerung und dem Gemeinwesen. Versuche, die Armee als eidgenössische Erziehungsanstalt zu missbrauchen, scheiterten am demokratischen Selbstbewusstsein.

Für eine typisch schweizerische Karriere gehörte es bis Anfang der 1990er Jahre dazu, sich neben dem Beruf militärisch und politisch zu engagieren. Natürlich schuf dieser Filz auch Interessenkonflikte und sicherte den Machtanspruch des Bürgertums. Aber der Dienst förderte auch die Verbundenheit zwischen den Bevölkerungsschichten und damit ein gegenseitiges Verständnis. Politische Spaltungsversuche scheiterten an den persönlichen Bekanntschaften.

Heute politisieren selbst in Stadtparlamenten vor allem Polit-Profis, die sich Verbänden, Gewerkschaften und NGO bewegen, aber nicht auf der Baustelle oder in einer Führungsverantwortung. Die Kader der Armee haben in den höheren Chargen oft einen Bezug zur Verwaltung; Angestellte privater Firmen oder Unternehmer werden je höher die Funktion, desto seltener. Das schafft aber eine ungesunde Distanz zwischen Politik, Wirtschaft und Armee. Mehr Miliz würde den Willen zur Nation im hybriden Krieg unserer Zeit neu beleben, viel mehr als alle Warnungen vor der russischen Desinformation.

Kooperationen

Die Urschweiz entstand vor über 700 Jahren als Landfriedensbündnis, das sich bald mit den aufstrebenden Städten Bern und Zürich verband. Die Kooperation unter Gleichgesinnten schuf die Basis für das beständigste Gemeinwesen Europas. Einzig die Stürme nach der französischen Revolution gefährdeten die Schweiz kurz in ihrer Existenz, vor allem, weil die Eliten damals weder reformwillig noch einig waren. Die europäische Integration wäre eigentlich die logische Fortsetzung der schweizerischen Staatsidee. Doch die Furcht vor einer Selbstaufgabe überzog, so dass sich die Schweiz in den 1990er Jahren als zugewandten Ort der EU positionierte und mit ihren bilateralen Verträgen das Optimum herausholen konnte. Der Wohlstand wuchs, die Freiheit der Täler und der Städte schien gewahrt zu sein.

Doch nun bedroht Russland die Sicherheit Europas, unterwandert den politischen Diskurs und sät Zweifel an den demokratischen Institutionen. Der EU gelingt es nicht, das Versprechen des europäischen Friedensprojekts zu erneuern, geschweige denn, sich zu reformieren. Die gefährlichste Bedrohung ist heute eine Erosion Europas. Es liegt im Interesse der Schweiz, dass die Bündnisse um sie herum weiter bestehen und sich entwickeln: Bricht die EU auseinander, ist der Wohlstand gefährdet. Ohne die Nato fehlt der Schutz der kollektiven Verteidigung. Denn Sicherheit im Alleingang gibt es nicht mehr. Selbst wenn sich die Schweiz bis an die Zähne bewaffnen würde, vermag sie einen Angriff auf die Alpen-Drehscheibe nicht ohne Partner abzuwehren.

Verbindliche Kooperationen mit den Nachbarn und Wertepartnern sind ein Beitrag an die Stabilität und die Freiheit Europas – dazu gehören die neuen Verträge mit der EU genauso wie eine militärische Interoperabilität mit der Nato.

Unternehmertum

Die zweite Präsidentschaft Trumps hat für die Schweiz eine geradezu paradoxe Ausgangslage geschaffen: Die USA, der nach der EU wichtigste Handelspartner, wenden sich – zumindest vorübergehend – vom Freihandel ab. China dagegen propagiert neue Formen der Kooperation. Diesen Widerspruch kann ein Staat, der auf den Werten der Aufklärung beruht, kaum lösen. Die Unternehmer dagegen vermögen solche Spannungsfelder auszuhalten, wie der Besuch von Alfred Gantner und seinen Kollegen bei Präsident Trump eindrücklich zeigte. Sie haben Verantwortung übernommen, sich dabei aber eng mit dem Bundesrat abgestimmt.

Das passt zu einer Schweiz, die aus den Zürcher Handwerkerzünften hervorgegangen ist. Es ist nicht der Staat, der das Gemeinwesen ausmacht, sondern der Wille der Einzelnen, sich daran zu beteiligen. Es ist deshalb falsch, wenn sich ein Teil der Politik darauf verlässt, einfach den Gewinn der Unternehmen abzuschöpfen und gleichzeitig mit dem moralischen Zeigefinger deren Freiheit einzuschränken.

Der traute Ausblick aus dem Bundesratsszimmer mag verhindern, dass die Landesregierung die Bedrohung rechtzeitig erkennt. Aber er führt dem Bundesrat bei jeder Sitzung vor Augen, was er zu schützen hat. Die Schweiz muss sich nicht neu erfinden, aber sie muss ihre Grundpfeiler verstärken. Der Staat ist für die Sicherheit und Ordnungspolitik zuständig, die Unternehmer für den Wohlstand – und die Freiheit hat, wer sich dafür einsetzt.

NZZ
Pro

Dieser Artikel ist bei «NZZ Pro» erschienen, dem Premiumangebot der NZZ mit dem vertieften Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

www.nzz.ch/pro